

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen, Artikel 4 Absatz 4, 5 §1 Absatz 2, 7 §4 Absatz 1, 8 §2 Absatz 2 und §4 Absatz 3, 10 Absatz 2, 11 §3 Absatz 2, 17 und 20 §1 Absatz 2;

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] der Datenschutzbehörde vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen;
2. Darlehen: das zinslose Darlehen im Sinne von Artikel 1 Nummer 1 des Dekrets;
3. Minister: der für das Unterrichtswesen zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. Verwaltung: der für die Ausbildung und die Unterrichtsorganisation zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
5. Studiengang: die in Artikel 2.6 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule aufgeführten Erstausbildungen, das Medizinstudium gemäß Artikel 1

Nummer 4 des Dekrets und das Zahnmedizinstudium gemäß Artikel 1 Nummer 5 des Dekrets;

6. Studierender: eine Person, die regulär zu einem Studiengang eingeschrieben ist und nicht mehr der Schulpflicht gemäß Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht unterliegt;

7. Lehre: eine Ausbildung im Sinne von Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

8. Auszubildender: eine Person, die einen Lehrvertrag gemäß Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen abgeschlossen hat und nicht mehr der Schulpflicht gemäß Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht unterliegt;

9. Schüler: eine Person, die gemäß Artikel 18 §1 des Dekrets vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens regulär zum siebten Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts an einer Sekundarschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben ist und nicht mehr der Schulpflicht gemäß Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht unterliegt;

10. Erstantrag: ein erstmalig gestellter Antrag auf Erhalt eines in Nummer 2 angeführten Darlehens für einen bestimmten Studiengang, eine bestimmte Lehre oder für ein bestimmtes siebtes Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts;

11. Folgeantrag: jeder weitere Antrag für den gleichen Studiengang, die gleiche Lehre oder das gleiche siebte Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts, der einem Erstantrag folgt;

12. EU-Richtlinie 2005/36/EG: Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.

Art. 2 – Personenbezeichnungen im vorliegenden Erlass gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 – Die in Artikel 3 §1 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets angeführte Regeldauer der Studienzzeit wird wie folgt bestimmt:

1. für die Studiengänge mit Ausnahme des Medizin- und Zahnmedizinstudiums: gemäß Titel III Untertitel 4 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule;

2. für das Medizinstudium: gemäß Artikel 24 der EU-Richtlinie 2005/36/EG;

3. für das Zahnmedizinstudium: gemäß Artikel 34 der EU-Richtlinie 2005/36/EG;

4. für die Lehre: gemäß Artikel 18 des Erlasses vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe;

5. für Schüler: ein Schuljahr.

Art. 4 – Der Minister legt die in Artikel 3 §1 Absatz 2 des Dekrets angeführte Liste der Studiengänge, Lehrprogramme und Studienrichtungen des Regelsekundarschulwesens fest, die auf eine Tätigkeit in einem Mangelberuf vorbereiten.

Art. 5 – Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 3 §1 Absatz 1 Nummer 3 und Artikel 5 §2 des Dekrets wird das Darlehen bis zum Monat August ausgezahlt.

In Abweichung von Absatz 1 wird das Darlehen im letzten Studien- oder Lehrjahr und in einem Studien- oder Lehrjahr, das wiederholt wird, bis zum Monat Juni einschließlich ausgezahlt.

In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 wird das zinslose Darlehen in folgenden Fällen bis zum Monat Januar einschließlich ausgezahlt:

1. im vierten Jahr des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts in Krankenpflege im Sinne von Artikel 2.6 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule;

2. im zweiten Jahr des Brückenstudiums Plus im Studienbereich Lehramt im Sinne von Artikel 2.6 Absatz 3 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule;

3. im Falle einer verlängerten Sitzung im letzten Studienjahr im Sinne von Artikel 3.34 §3 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule.

Bei Folgeanträgen und bei Erstanträgen, die sich nicht auf das erste Studienjahr oder das erste Lehrjahr beziehen, entsteht das Anrecht auf das Darlehen ab September des Antragsjahrs, insofern die in Artikel 4 Absatz 1 des Dekrets angeführte Frist eingehalten wird.

Art. 6 – Der Minister kann die in Artikel 5 §1 Absatz 1 des Dekrets angeführten Teilbeträge zum 1. September eines jeden Jahres im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel anpassen, indem der Indexstand des Monats Dezember des vorhergehenden Kalenderjahres durch den Indexstand des Monats Dezember des vorletzten Kalenderjahres geteilt wird und mit dem zum Zeitpunkt der Indexierung gültigen Teilbetrag multipliziert wird.

Als Grundlage für den Vergleich der Indexzahlen dient der Verbraucherpreisindex.

Erreicht der Betrag in Anwendung von Absatz 1 den Bruchteil eines Euros, wird dieser Bruchteil eines Euros zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht.

KAPITEL 2 – GEWÄHRUNG

Abschnitt 1 – Antragsverfahren

Art. 7 – Anträge zum Erhalt des Darlehens sind innerhalb der in Artikel 4 des Dekrets vorgeschriebenen Frist einzureichen.

Der Antrag enthält folgende Informationen:

1. Angaben zum Antragsteller:
 - a) Name und Vorname(n);
 - b) Geburtsdatum und -ort;
 - c) Nationalregisternummer;
 - d) Angabe zur Staatsangehörigkeit oder zur Aufenthaltsgenehmigung gemäß Artikel 3 §1 Absatz 1 Nummer 1 des Dekrets;
 - e) Adresse;
 - f) Telefonnummer und private E-Mail-Adresse;
 - g) SEPA-Kontonummer und Bankverbindung;
 - h) Name der Bildungseinrichtung, bei der der Antragsteller eingeschrieben ist;
 - i) absolvierte Studienrichtung, Studiengang oder Lehrprogramm;
 - j) Studien- bzw. Ausbildungsjahr;
 - k) Beschäftigungsstatut;
 - l) für Medizin- und Zahnmedizinstudium: die Matrikelnummer;
2. im Falle eines Erstantrags: eine vom Antragsteller unterzeichnete oder bestätigte eidesstattliche Erklärung, dass er:
 - a) die in Artikel 3 des Dekrets vorgesehenen Bedingungen erfüllt und sie für die Dauer des Erhalts des Darlehens erfüllen wird;
 - b) das erhaltene Darlehen zurückzahlen wird, wenn er die Bedingung im Sinne von Artikel 8 §§1 bis 3 des Dekrets nicht erfüllt;
 - c) das erhaltene Darlehen in den in Artikel 9 des Dekrets vorgesehenen Fällen zurückzahlen wird;
 - d) für die Richtigkeit der angegebenen Daten verwaltungs- und strafrechtlich haftet;

- e) die in Artikel 8 angeführten Änderungen unmittelbar mitteilt;
- 3. ein Nachweis zur Bestätigung, dass die angegebene Kontonummer dem Antragsteller gehört;
- 4. für Medizin- oder Zahnmedizinstudenten: eine Einschreibebestätigung der Bildungseinrichtung für das akademische Jahr, für das der Antrag eingereicht wird;
- 5. gegebenenfalls ein Beleg der Zahlung der Einschreibegebühr für das betroffene Studien- oder Ausbildungsjahr;
- 6. gegebenenfalls eine Kopie des Ausweises oder der Aufenthaltsgenehmigung.

Zusätzlich zu den in Absatz 1 angeführten Informationen kann die Verwaltung eine Einschreibebestätigung einer Bildungseinrichtung bzw. eine Kopie des abgeschlossenen Ausbildungsvertrags anfragen, wenn sich dies für die Bearbeitung des Antrags als erforderlich herausstellt.

Im Falle der Minderjährigkeit des Antragstellers wird die eidesstattliche Erklärung gemäß Absatz 2 Nummer 2 sowohl vom Antragsteller als auch von einem Erziehungsberechtigten unterschrieben.

Art. 8 – Der Antragsteller teilt der Verwaltung jede im Laufe des Verfahrens aufkommende Änderung der in Artikel 7 angeführten Informationen mit. Unverzüglich bekanntzugeben sind:

- 1. Änderungen der Adresse, der angegebenen sonstigen Kontaktdaten und der Kontonummer;
- 2. Änderungen des Status des Studiengangs, der Lehre oder Studienrichtung wie Abbruch, Unterbrechung, Wechsel oder Verlängerung der Ausbildungsdauer;
- 3. Änderungen bezüglich der eidesstattlichen Erklärung wie Unmöglichkeit der Rückzahlung, Nichterfüllung der in Artikel 8 §1 des Dekrets angeführten Verpflichtung, verspäteter Beginn der Frist von zehn Jahren gemäß Artikel 8 §4 des Dekrets, Verkürzung oder Ähnliches und die Begründung dafür.

Art. 9 – §1 – Die Verwaltung überprüft die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags. In Ermangelung eines vollständigen Antrags innerhalb der im Artikel 4 Absatz 1 des Dekrets angeführten Frist, ist der Antrag unzulässig und wird abgelehnt.

§2 – Der Minister entscheidet, ob der Antrag genehmigt oder abgelehnt wird.

Die mit Gründen versehene Genehmigung des Antrags wird schriftlich mitgeteilt und enthält insbesondere:

- 1. die Angabe des betroffenen Zeitraums des Darlehens;
- 2. die Höhe des Betrags des Darlehens, auf den der Antragsteller im betroffenen Zeitraum Anrecht hat;
- 3. gegebenenfalls die Höhe des bereits erhaltenen Darlehens;
- 4. die Modalitäten der Auszahlungen;
- 5. Erläuterung zu der in Artikel 8 §1 des Dekrets angeführte Verpflichtung.

Die mit Gründen versehene Ablehnung des Antrags wird dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt.

§3 – Im Falle einer Ablehnung kann der Antragsteller innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absage beim Minister per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung Beschwerde einreichen.

Der Antragsteller übermittelt jedes sachdienliche Dokument, das für die Beurteilung der angeführten Gründe benötigt wird.

Der Minister trifft innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt der Beschwerde eine Entscheidung über den Antrag.

Im Falle einer günstigen Entscheidung des Ministers wird dem Antragsteller das Darlehen gemäß Artikel 5 des Dekrets ausgezahlt.

Abschnitt 2 – Aussetzung und Beschwerden

Art. 10 – §1 – Bei Abbruch des Studiums oder der Ausbildung, werden die Zahlungen gemäß Artikel 7 des Dekrets ausgesetzt.

§2 – Die in Artikel 7 §§3 und 4 des Dekrets angeführten Fristen gelten nicht, wenn gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Der Grund der Aussetzung ist ein Abbruch des Studiums, des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts oder der Lehre.

2. Der Darlehensnehmer reicht eine unterzeichnete Erklärung ein, dass er

a) innerhalb der nächstmöglichen in Artikel 4 Absatz 1 des Dekrets angeführten Frist erneut einen Erstantrag stellt;

b) das erhaltene Darlehen zurückzahlen wird, wenn er die in Buchstabe a) angeführte Bedingung nicht erfüllt.

In Ermangelung des in Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a) angeführten Erstantrags oder bei Ablehnung dieses neuen Erstantrags gemäß Artikel 9 §2 Absatz 3 gilt das bereits ausbezahlte Darlehen als zu Unrecht ausgezahlt gemäß Artikel 9 des Dekrets.

Bei Genehmigung des Antrags gemäß Artikel 9 §2 Absatz 2 fordert der Minister das bereits ausgezahlte Darlehen nicht zurück, unbeschadet der in Artikel 9 des Dekrets festgelegten Bestimmungen.

Abschnitt 3 – Erfolgreicher Abschluss

Art. 11 – §1 – Nach erfolgreichem Abschluss des Medizin- oder Zahnmedizinstudiums übermitteln die Darlehensnehmer eine Kopie des Diploms an die Verwaltung und teilen das Datum des Abschlusses mit.

§2 – Wenn festgestellt wird, dass der Darlehensnehmer einen der in Artikel 8 §1 Absatz 3 des Dekrets angeführten Abschlüsse erhalten hat, erteilt die Verwaltung dem Darlehensnehmer schriftlich folgende Informationen:

1. die Höhe des insgesamt aufgenommenen Darlehens;

2. Erläuterungen zum weiteren Verfahren und die allgemeine Vorgehensweise zum Rückzahlungs- und Fristverlängerungsverfahren bei Nicht-Erfüllen der in Artikel 8 §1 Absätze 1 und 2 des Dekrets angeführten Bedingungen.

Die Verwaltung weist den Darlehensnehmer mindestens alle zwei Jahre schriftlich auf den Inhalt des in Absatz 1 angeführten Schreibens hin.

KAPITEL 3 – VERZICHT AUF RÜCKZAHLUNG, RÜCKZAHLUNG UND ANTRÄGE AUF VERZICHT

Abschnitt 1 – Verzicht auf Rückzahlung

Art. 12 – §1 – Eine Person geht einer Beschäftigung im deutschen Sprachgebiet im Sinne von Artikel 8 §1 Absätze 1 und 2 des Dekrets nach, wenn sie:

1. als Arbeitnehmer in einer Niederlassungseinheit oder im Unterrichtswesen im deutschen Sprachgebiet tätig ist;
2. oder als Selbstständiger den Hauptsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Eine Beschäftigung in der Facharzt- oder Fachzahnarztausbildung im Sinne von Artikel 25 bzw. Artikel 35 der EU-Richtlinie 2005/36/EG gilt nicht als Beschäftigung im deutschen Sprachgebiet im Sinne von Artikel 8 §1 Absätze 1 und 2 des Dekrets.

§2 – Ein Beschäftigungsverhältnis gilt als vollzeitig, wenn der für die im entsprechenden Arbeitssektor geltende übliche wöchentliche Arbeitszeit nachgegangen wird. Die in Artikel 8 §1 des Dekrets angeführte Halbzeitbeschäftigung wird erreicht, wenn der Darlehensnehmer einen Arbeitsvertrag für 50% dieser üblichen wöchentlichen Arbeitszeit abgeschlossen hat oder er für 50% dieser üblichen wöchentlichen Arbeitszeit im Rahmen eines statistischen Beschäftigungsverhältnisses eingestellt ist.

Art. 13 – §1 – In Ausführung von Artikel 8 §2 des Dekrets werden folgende Belege als Nachweis akzeptiert:

1. eine Kopie der im betroffenen Zeitraum abgeschlossenen Arbeitsverträge;
2. eine Kopie der Dokumente, die ein statistisches Beschäftigungsverhältnis nachweisen;
3. eine Kopie der ersten und letzten drei Gehaltsbelege jedes unbefristeten Arbeitsvertrags oder statistischen Beschäftigungsverhältnisses;
4. für Selbstständige: ein Auszug aus der Zentralen Datenbank der Unternehmen und eine Mitgliedsbescheinigung einer Sozialversicherungskasse für Selbstständige, auf der die Zeit der Mitgliedschaft als Selbstständiger vermerkt ist.

Die eingereichten Belege enthalten Angaben zum Zeitraum und zum Arbeitsregime jeder Arbeitsbeschäftigung.

Die Verwaltung überprüft die Belege und kann gegebenenfalls zusätzliche Nachweise anfordern.

§2 – Wenn der Minister feststellt, dass der Darlehensnehmer die Bedingungen für den in Artikel 8 §1 Absätze 1 und 2 des Dekrets angeführten Verzicht auf Rückzahlung erfüllt, bestätigt er dem Darlehensnehmer schriftlich, dass das Darlehen nicht zurückgezahlt werden muss.

Abschnitt 2 – Rückzahlung

Art. 14 – §1 – Wenn der Minister feststellt, dass der Darlehensnehmer die Bedingungen für den in Artikel 8 §1 Absätze 1 und 2 des Dekrets angeführten Verzicht auf Rückzahlung nicht oder teilweise erfüllt oder dass das Darlehen ganz oder teilweise zu Unrecht im Sinne von Artikel 9 des Dekrets ausgezahlt wurde, setzt er den Darlehensnehmer davon per Einschreiben in Kenntnis.

§2 – Der Darlehensnehmer kann innerhalb von 60 Tagen nach dem Versand des Einschreibens beim Minister Folgendes einreichen:

1. zusätzliche Belege zum Nachweis der Erfüllung der in Artikel 8 §1 Absätze 1 und 2 des Dekrets angeführten Bedingungen oder zum Nachweis, dass das Darlehen nicht zu Unrecht

im Sinne von Artikel 9 des Dekrets ausgezahlt wurde, oder einen Antrag auf Fristverlängerung gemäß Artikel 20 oder;

2. einen Antrag auf Verzicht auf Rückzahlung gemäß Artikel 20.

Nach Überschreiten der in Absatz 2 angeführten Frist gilt das ausgezahlte Darlehen definitiv als zu Unrecht im Sinne von Artikel 9 des Dekrets ausgezahlt.

Art. 15 – §1 – Wenn der Minister feststellt, dass ein Darlehen definitiv ganz oder teilweise zu Unrecht ausgezahlt wurde, fordert er den Darlehensnehmer per Einschreiben zur vollständigen oder anteiligen Rückzahlung des Darlehens innerhalb einer Frist von 60 Tagen auf.

Der Darlehensnehmer kann den Minister innerhalb einer Frist von 60 Tagen ab Datum des Einschreibens schriftlich ersuchen, die Rückzahlung in Teilzahlungen zu leisten. Das Ersuchen des Darlehensnehmers unterbricht die in Absatz 1 angeführte Frist zur vollständigen Rückzahlung bis zur Wiedereinsetzung der Frist gemäß Absatz 5.

Wenn der zu Unrecht ausgezahlte Betrag nicht auf einen in Artikel 11 §3 Nummer 2 des Dekrets angeführten Fall zurückgeht, gewährt der Minister die Anfrage auf Teilzahlungen und schlägt in Rücksprache mit dem Darlehensnehmer einen Rückzahlungsplan in Teilzahlungen vor.

Der in Anwendung von Absatz 3 erstellte Rückzahlungsplan wird dem Darlehensnehmer innerhalb einer Frist von 60 Tagen ab Übermittlung seines Ersuchens per Einschreiben übermittelt. In Ermangelung eines Einschreibens innerhalb dieser Frist gilt das Ersuchen auf Rückzahlung in Teilzahlungen als gewährt. Das Ersuchen gilt als abgelehnt, wenn der Darlehensnehmer sich nicht zwecks Absprache eines Rückzahlungsplans innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Einschreibens meldet.

Die Frist zur vollständigen oder anteiligen Rückzahlung setzt wieder ein, wenn:

1. der Minister das in Absatz 2 angeführte Ersuchen nicht akzeptiert;
2. der Rückzahlungsplan als abgelehnt gilt oder;
3. der Darlehensnehmer die Bedingungen des in Absatz 3 angeführten Rückzahlungsplans in Teilzahlungen nicht einhält.

§2 – Nach Tilgung der Schuld übermittelt der Minister dem Darlehensnehmer eine Bestätigung darüber, dass die zu Unrecht ausgezahlten Beträge vollständig zurückgezahlt wurden.

Art. 16 – Unbeschadet des Artikels 25 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft leitet die Regierung nach der Aufforderung der Zahlung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge in Anwendung von Artikel 15 §1 Absatz 1 oder bei Nicht-Einhaltung der Bedingungen des in Artikel 15 §1 Absatz 3 angeführten Rückzahlungsplans in Teilzahlungen ein Gerichtsverfahren auf Rückzahlung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge ein, wenn sie feststellt, dass sie die Beträge nicht auf außergerichtlichem Weg zurückfordern kann.

Abschnitt 3 – Anträge auf Verzicht auf Rückzahlung und Fristverlängerung

Art. 17 – In Ausführung von Artikel 8 §1 Absatz 4 des Dekrets können folgende Gründe für eine vollständige oder teilweise Befreiung der in Artikel 8 §1 Absätze 1 und 2 des Dekrets angeführten Bedingungen betrachtet werden:

1. ein Abbruch des Studiums seitens der Autonomen Hochschule wegen beruflicher Nicht-Eignung;
2. eine Auflösung eines Lehrvertrags gemäß Artikel 23 §1 Nummer 8 und 9 sowie Artikel 25 des Erlasses der Regierung vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe;
3. medizinische Gründe;
4. ein Lehrvertragsbruch, ein Schulabbruch oder ein Abbruch des Studiums aufgrund höherer Gewalt.

Die in Absatz 1 angeführten Gründe führen zur Befreiung der in Artikel 8 §1 Absätzen 1 und 2 des Dekrets angeführten Bedingungen, wenn sie zu einer Unmöglichkeit des Erfüllens dieser Bedingungen führen. Der Begriff Unmöglichkeit unterliegt dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Die Regierung kann zur Beurteilung der Anträge ein Gutachten bei der in Artikel 13 des Dekrets angeführten Kommission beantragen.

Art. 18 – In Ausführung von Artikel 8 §4 Absatz 4 des Dekrets kann die in Artikel 8 §1 Absatz 1 des Dekrets angeführte Frist von zehn Jahren verlängert werden, für die Dauer:

1. eines Masterstudiums, eines Bachelorstudiums oder einer Lehre;
2. einer langfristigen Krank- oder Arbeitsunfähigkeit;
3. einer Facharzt- oder Fachzahnarztausbildung im Sinne von Artikel 25 bzw. Artikel 35 der EU-Richtlinie 2005/36/EG.

Bei Genehmigung der Fristverlängerung entspricht die Dauer der in Absatz 1 angeführten Verlängerung der Dauer des Verlängerungsgrundes.

Die Regierung kann zur Beurteilung der Anträge ein Gutachten bei der in Artikel 13 des Dekrets angeführten Kommission beantragen.

Art. 19 – In Ausführung von Artikel 11 §3 des Dekrets kann die Regierung je nach verfügbarem Haushaltseinkommen auf die Rückzahlung zu Unrecht ausgezahlter Beträge verzichten und entsprechend als nicht eintreibbar erklären. Als verfügbares Haushaltseinkommen gilt jeder Betrag gleich welcher Art, über den der Betreffende, sein Ehepartner sowie die Person, mit der er eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen getätigt hat, verfügt. Ausgenommen von diesem Betrag sind die Familienleistungen, die die vorerwähnten Personen erhalten.

Verzichtet die Regierung in Anwendung von Absatz 1 auf die Rückzahlung zu Unrecht ausgezahlter Beträge und erklärt diese entsprechend als nicht eintreibbar, erfolgt dies:

1. zu 100 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen des Antragstellers nicht über dem in Artikel 1409 §1 Absatz 3 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag liegt;
2. zu 90 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 103 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
3. zu 80 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 106 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
4. zu 70 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 109 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
5. zu 60 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 112 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
6. zu 50 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 115 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

7. zu 40 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 118 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

8. zu 30 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 121 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

9. zu 20 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 124 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

10. zu 10 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über dem in Artikel 1409 §1 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag liegt.

Wenn das verfügbare Einkommen über dem in Absatz 2 Nummer 10 festgelegten Betrag liegt, kann die Regierung nicht mehr aufgrund von Absatz 1 auf die Rückzahlung verzichten.

Falls die in Anwendung von Absatz 2 ermittelten Beträge den Bruchteil eines Euro enthalten, wird dieser Bruchteil eines Euro zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht.

Das verfügbare Haushaltseinkommen wird für die Anwendung der Absätze 2 und 3 pro kindergeldberechtigtes Kind, für das der Antragsteller Kindergeld erhält, gemindert um den in Artikel 1409 §1 Absatz 4 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag.

Für die Festlegung des verfügbaren Haushaltseinkommens wird die Situation des Haushaltes zum Zeitpunkt des Antrags auf Verzicht der Rückzahlung berücksichtigt.

Die Regierung kann zur Beurteilung der Anträge ein Gutachten bei der in Artikel 13 des Dekrets angeführten Kommission beantragen.

Art. 20 – §1 – Um in den Genuss der in Artikel 18 angeführten Fristverlängerung oder des in Artikel 17 und 19 angeführten Verzichts auf Rückzahlung zu kommen, stellt der Darlehensnehmer einen schriftlichen Antrag.

Der Darlehensnehmer übermittelt der Regierung jedes sachdienliche Dokument, das für die Beurteilung der angeführten Gründe benötigt wird.

Die Weigerung des Darlehensnehmers, die nötigen Dokumente für die Anwendung des vorliegenden Artikels zu übermitteln, gilt als Rücknahme des Antrags.

§2 – Einen Antrag auf Fristverlängerung oder Verzicht auf Rückzahlung im Sinne von §1 mit der gleichen Begründung eines früheren Antrags ist unzulässig.

§3 – Zwangsvollstreckungsmaßnahmen werden ausgesetzt, sobald ein Darlehensnehmer einen Antrag auf Verzicht der Rückzahlung stellt. Sie werden wieder aufgenommen ab dem Datum, an dem ein Beschluss über diesen Antrag gefasst wurde.

Abschnitt 4 – Verfahren nach Erhalt von Anträgen auf Verzicht auf Rückzahlung und Fristverlängerung

Art. 21 – §1 – Die Regierung fasst ihren Beschluss spätestens innerhalb von vier Monaten nach Empfang der in Artikel 20 §1 angeführten Anträge.

Die Regierung kann für die Beschlussfassung ein Gutachten bei der in Artikel 13 des Dekrets angeführten Kommission beantragen.

Wenn die Regierung innerhalb dieser Frist keinen Beschluss fassen kann, setzt sie den Darlehensnehmer davon in Kenntnis und begründet diese Verspätung.

Die Beschlussfassungsfrist wird ausgesetzt, solange der Darlehensnehmer oder die in Artikel 13 des Dekrets angeführten Kommission der Regierung nicht alle von ihr beantragten Auskünfte, die für die Beschlussfassung notwendig sind, erteilt hat.

§2 – Die Regierung bringt ihren Beschluss per Einschreiben zur Kenntnis des Darlehensnehmers.

§3 – Der Darlehensnehmer kann innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens gegen den Beschluss Beschwerde bei der Regierung einreichen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Darlehensnehmer übermittelt der Regierung die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt der Beschwerde über die Zulässigkeit.

§4 – Nach Überschreiten der in §3 Absatz 1 angeführten Frist von 30 Tagen oder wenn die Regierung die Beschwerde ablehnt, gilt das Darlehen als zu Unrecht ausgezahlt. In diesem Fall fordert die Regierung den Darlehensnehmer gemäß Artikel 15 zur Rückzahlung des aufgenommenen Darlehens auf.

KAPITEL 4 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 22 – In den Anhang des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 11. Mai 2023, wird folgende Nummer 24.1 eingefügt:

„24.1 Kommission für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen“

Art. 23 – Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2023 in Kraft.

Art. 24 – Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

Lydia

Klinkenberg

Digital unterschrieben von
Lydia Klinkenberg

Datum: 2024.01.23 14:17:01
+01'00'

L. KLINKENBERG

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, article 20 ;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, article 7 ;

Vu le décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie, articles 4, alinéa 4, 5, § 1er, alinéa 2, 7, § 4, alinéa 1er, 8, § 2, alinéa 2, et § 4, alinéa 3, 10, alinéa 2, 11, § 3, alinéa 2, 17 et 20, § 1er, alinéa 2 ;

Vu l'avis n° [numéro] de l'Autorité de protection des données, donné le [date] ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des finances, donné le [Date] ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le [Date] ;

Vu l'avis n° [numéro] du Conseil d'État, donné le [date] en application de l'article 84, § 1er, alinéa 1er, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Sur la proposition du Ministre de l'Enseignement,

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1ER – DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 1er – Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° décret : le décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie ;

2° prêt : un prêt sans intérêt au sens de l'article 1er, 1°, du décret ;

3° Ministre : le Ministre en charge de l'Enseignement au sein du Gouvernement de la Communauté germanophone ;

4° administration : le département du Ministère de la Communauté germanophone en charge de la formation et de l'organisation de l'enseignement ;

5° cycle d'études : les formations initiales visées à l'article 2.6 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, le cursus de médecine visé à l'article 1er, 4°, du décret et le cursus de médecine dentaire visé à l'article 1er, 5°, du décret ;

6° étudiant : une personne régulièrement inscrite dans un cycle d'études et n'étant plus soumise à l'obligation scolaire telle que définie à l'article 1er de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire ;

7° apprentissage : une formation au sens de l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME ;

8° apprenti : une personne ayant conclu un contrat d'apprentissage tel que défini à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME et n'étant plus soumise à l'obligation scolaire telle que définie à l'article 1er de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire ;

9° élève : une personne régulièrement inscrite en septième année d'enseignement secondaire professionnel dans un établissement d'enseignement secondaire de la Communauté germanophone, conformément à l'article 18, § 1er, du décret du 29 juin 1984 portant organisation de l'enseignement secondaire, et n'étant plus soumise à l'obligation scolaire telle que définie à l'article 1er de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire ;

10° première demande : une demande introduite pour la première fois en vue d'obtenir un prêt visé au 2° pour un cycle d'études, un apprentissage ou une septième année de l'enseignement secondaire professionnel déterminé ;

11° demande ultérieure : toute demande supplémentaire portant sur le même cycle d'études, le même apprentissage ou la même septième année d'enseignement secondaire professionnel, faisant suite à une demande initiale ;

12. directive européenne 2005/36/CE : directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.

Art. 2 – Dans le présent arrêté, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3 – La durée normale des études visée à l'article 3, § 1er, alinéa 1er, 3°, du décret est fixée comme suit :

1° pour les cycles d'études autres que les cursus de médecine et de médecine dentaire : conformément au sous-titre 4 du titre III du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome ;

2° pour le cursus de médecine : conformément à l'article 24 de la directive européenne 2005/36/CE ;

3° pour le cursus de médecine dentaire : conformément à l'article 34 de la directive européenne 2005/36/CE ;

4° pour l'apprentissage : conformément à l'article 18 de l'arrêté du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des classes moyennes et pour les entreprises de formation ;

5° pour les étudiants : une année scolaire.

Art. 4 – Le Ministre dresse la liste, visée à l'article 3, § 1er, alinéa 2, du décret, des cycles d'études, des programmes d'apprentissage et des orientations de l'enseignement secondaire ordinaire menant à l'exercice d'un métier en pénurie.

Art. 5 – Sans préjudice des dispositions des articles 3, § 1er, alinéa 1er, 3°, et 5, § 2, du décret, le prêt est versé jusqu'au mois d'août.

Par dérogation à l'alinéa 1er, le prêt est versé jusqu'au mois de juin inclus pour la dernière année d'études ou d'apprentissage et pour une année d'études ou d'apprentissage redoublée.

Par dérogation aux alinéas 1 et 2, le prêt sans intérêt est versé jusqu'au mois de janvier inclus dans les cas suivants :

1° en quatrième année de l'enseignement secondaire professionnel complémentaire en soins infirmiers au sens de l'article 2.6, alinéa 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome ;

2° en deuxième année de la filière passerelle Plus dans le domaine d'études de l'enseignement au sens de l'article 2.6, alinéa 3, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome ;

3° en cas de session prolongée en dernière année d'études au sens de l'article 3.34, § 3, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome.

Pour toute demande ultérieure et toute première demande ne portant pas sur la première année d'études ou la première année d'apprentissage, le droit au prêt peut être revendiqué à partir du mois de septembre de l'année de la demande, pour autant que le délai visé à l'article 4, alinéa 1er, du décret soit respecté.

Art. 6 – Le Ministre peut adapter les parts visées à l'article 5, § 1er, alinéa 1er, du décret au 1er septembre de chaque année, dans la limite des moyens financiers disponibles, en procédant à une division du niveau de l'indice du mois de décembre de l'année civile précédente par le niveau de l'indice du mois de décembre de l'avant-dernière année civile et en multipliant le résultat de cette division par la part en vigueur au moment de l'indexation.

L'indice des prix à la consommation est utilisé comme base de comparaison des chiffres de l'indice.

Lorsque, en application de l'alinéa 1er, le montant correspond à une fraction d'euro, cette fraction d'euro est arrondie à l'euro supérieur ou inférieur, selon que cette fraction atteint ou non 0,5.

CHAPITRE 2 – OCTROI

Section 1re – Procédure de demande

Art. 7 – Les demandes d'octroi de prêt doivent être introduites dans le délai prescrit à l'article 4 du décret.

La demande contient les informations suivantes :

1° Informations relatives au demandeur :

- a) nom et prénom(s) ;
- b) date et lieu de naissance ;
- c) numéro de registre national ;
- d) précision concernant la nationalité ou l'autorisation de séjour conformément à l'article 3, § 1er, alinéa 1er, du décret ;
- e) adresse ;
- f) numéro de téléphone et adresse e-mail privée ;
- g) numéro de compte en format SEPA et les coordonnées bancaires ;
- h) nom de l'établissement d'enseignement auprès duquel le demandeur est inscrit ;
- i) filière d'études, cycle d'études ou programme d'apprentissage déjà accompli ;
- j) année d'études ou de formation ;
- k) statut d'emploi ;
- l) pour le cursus de médecine et de dentisterie : le numéro de matricule ;

2° dans le cas d'une première demande, une déclaration sur l'honneur signée ou certifiée par le demandeur, attestant que l'individu :

- a) remplit les conditions prévues à l'article 3 du décret et les remplira pendant la durée d'octroi du prêt ;
- b) remboursera le prêt octroyé dans le cas où il ne remplit pas la condition visée à l'article 8, §§ 1 à 3, du décret ;

- c) remboursera le prêt octroyé dans les cas prévus à l'article 9 du décret ;
- d) est responsable, sur le plan administratif et pénal, de l'exactitude des données fournies ;
- e) communique directement les modifications visées à l'article 8 ;
- 3° une preuve confirmant que le numéro de compte indiqué appartient au demandeur ;
- 4° pour les étudiants en médecine ou en médecine dentaire : une confirmation d'inscription délivrée par l'établissement d'enseignement pour l'année académique pour laquelle la demande est soumise ;
- 5° une preuve de paiement des droits d'inscription pour l'année académique ou de formation concernée, le cas échéant ;
- 6° une copie de la carte d'identité ou d'autorisation de séjour, le cas échéant.

Outre les informations mentionnées à l'alinéa 1er, l'administration peut demander une attestation d'inscription à un établissement d'enseignement ou une copie du contrat de formation conclu, dès lors que cela s'avère nécessaire aux fins du traitement de la demande.

Dans le cas où le demandeur est mineur, la déclaration sur l'honneur visée à l'alinéa 2, 2°, est signée à la fois par le demandeur et par un parent ou tuteur légal.

Art. 8 – Le demandeur communique à l'administration toute modification des informations visées à l'article 7 survenant au cours de la procédure. Les informations suivantes doivent être communiquées sans délai :

- 1° les modifications relatives à l'adresse, aux autres coordonnées indiquées et au numéro de compte ;
- 2° les changements de statut du cycle d'études, de l'apprentissage ou de l'orientation, tels que l'abandon, l'interruption, le changement ou la prolongation de la durée de la formation ;
- 3° les modifications relatives à la déclaration sur l'honneur, telles que l'impossibilité de rembourser, le non-respect de l'obligation visée à l'article 8, § 1er, du décret, le début différé du délai de dix ans visé à l'article 8, § 4, du décret, la réduction ou toute autre raison similaire, et les motifs justifiant de telles modifications.

Art. 9 – § 1er – L'administration vérifie que la demande est complète et recevable. À défaut d'une demande complète déposée dans le délai prévu à l'article 4, alinéa 1er, du décret, la demande est réputée irrecevable et rejetée.

§ 2 – Le Ministre statue sur l'octroi ou le rejet de la demande.

Toute approbation motivée de la demande est communiquée par écrit et comprend notamment :

- 1° l'indication de la période couverte par le prêt ;
- 2° le montant du prêt auquel le demandeur a droit au cours de la période concernée ;
- 3° le montant du prêt déjà reçu, le cas échéant ;
- 4° les modalités de paiement ;
- 5° des précisions relativement à l'obligation visée à l'article 8, § 1er, du décret.

Le rejet motivé de la demande est notifié par écrit au demandeur.

§ 3 – En cas de rejet, le demandeur peut introduire un recours auprès du Ministre, par courrier recommandé ou contre accusé de réception, dans les 30 jours suivant l'envoi du refus.

Le demandeur fournit tout document pertinent utile à l'évaluation des motifs avancés.

Le Ministre statue sur la demande dans les 60 jours suivant la réception du recours.

En cas de décision favorable du Ministre, le prêt est octroyé au demandeur conformément à l'article 5 du décret.

Section 2 – Suspension et recours

Art. 10 – § 1er – En cas d'abandon des études ou de la formation, les paiements sont suspendus conformément à l'article 7 du décret.

§ 2 – Les délais visés à l'article 7, §§ 3 et 4, du décret ne sont pas applicables dès lors que les conditions suivantes sont remplies simultanément :

1° Le motif de la suspension est l'interruption des études, de la septième année d'enseignement secondaire professionnel ou de l'apprentissage.

2° L'emprunteur présente une déclaration signée attestant qu'il

a) présente une nouvelle demande initiale dans les plus brefs délais tels que visés à l'article 4, alinéa 1er, du décret ;

b) remboursera le prêt reçu dans le cas où il ne remplit pas la condition énoncée sous a).

À défaut de demande initiale telle que visée à l'alinéa 1er, 2°, a), ou en cas de rejet de ladite nouvelle demande initiale conformément à l'article 9, § 2, alinéa 3, le prêt déjà versé est réputé indûment versé conformément à l'article 9 du décret.

En cas d'acceptation de la demande visée à l'article 9, § 2, alinéa 2, le Ministre n'exige pas le remboursement du prêt déjà versé, sans préjudice des dispositions prévues à l'article 9 du décret.

Section 3 – Validation de formation

Art. 11 – § 1er – Après validation de leur cursus en médecine ou en médecine dentaire, les emprunteurs transmettent une copie de leur diplôme à l'administration et communiquent la date d'obtention du diplôme.

§ 2 – Lorsqu'il est constaté que l'emprunteur a obtenu l'un des diplômes visés à l'article 8, § 1er, alinéa 3, du décret, l'administration lui communique par écrit les informations suivantes :

1° le montant total du prêt contracté ;

2° des précisions relatives à la suite de la procédure ainsi qu'à la procédure générale de remboursement et de prolongation des délais en cas de non-respect des conditions visées à l'article 8, § 1er, alinéas 1 et 2, du décret.

L'administration rappelle par écrit à l'emprunteur, au moins tous les deux ans, le contenu du courrier visé à l'alinéa 1er.

CHAPITRE 3 – RENONCIATION AU REMBOURSEMENT, REMBOURSEMENT ET DEMANDES DE RENONCIATION

Section 1re – Renonciation au remboursement

Art. 12 – § 1er – Un individu exerce une activité professionnelle dans la région de langue allemande au sens de l'article 8, § 1er, alinéas 1 et 2, du décret, aux conditions suivantes :

1° il travaille en tant que salarié dans une unité d'établissement ou dans le secteur de l'enseignement au sein de la région germanophone ;

2° ou, en tant qu'indépendant, son siège social est sis dans la région germanophone.

Une activité exercée au cours d'une formation de médecin spécialiste ou de dentiste spécialiste au sens de l'article 25 ou de l'article 35 de la directive européenne 2005/36/CE n'est pas réputée être une activité exercée dans la région germanophone au sens de l'article 8, § 1er, alinéas 1 et 2, du décret.

§ 2 – Une activité est réputée exercée à temps plein lorsqu'elle correspond à la durée hebdomadaire normale de travail en vigueur dans le secteur d'activité concerné. Le mi-temps visé à l'article 8 § 1er du décret est atteint dans le cas où l'emprunteur a conclu un contrat de travail pour 50 % de ladite durée hebdomadaire normale de travail ou dans le cas où il est engagé pour 50 % de ladite durée hebdomadaire normale de travail sous un régime d'emploi statutaire.

Art. 13 – § 1er – En application de l'article 8, § 2, du décret, les pièces justificatives suivantes sont acceptées à titre de preuve :

- 1° une copie des contrats de travail conclus au cours de la période concernée ;
- 2° une copie des documents attestant d'un emploi statutaire ;
- 3° une copie du premier et des trois derniers bulletins de salaire de chaque contrat de travail à durée indéterminée ou de chaque emploi statutaire ;
- 4° pour les travailleurs indépendants : un extrait émanant de la Banque Carrefour des Entreprises et une attestation d'affiliation à une caisse d'assurances sociales pour travailleurs indépendants indiquant la période d'affiliation en tant que travailleur indépendant.

Les pièces justificatives soumises contiennent des informations relatives à la période et au régime de travail de chaque emploi.

L'administration vérifie les pièces justificatives et peut, le cas échéant, demander des éléments justificatifs supplémentaires.

§ 2 – Dans le cas où le Ministre constate que l'emprunteur remplit les conditions de renonciation au remboursement visées à l'article 8, § 1er, alinéas 1 et 2, du décret, il confirme par écrit à l'emprunteur que le prêt ne doit pas être remboursé.

Section 2 – Remboursement

Art. 14 – § 1er – Dans le cas où le Ministre constate que l'emprunteur ne remplit pas ou ne remplit que partiellement les conditions de renonciation au remboursement visées à l'article 8, § 1er, alinéas 1 et 2, du décret ou que le prêt a été indûment versé, en tout ou partie, au sens de l'article 9 du décret, il en informe l'emprunteur par courrier recommandé.

§ 2 – L'emprunteur peut, dans un délai de 60 jours suivant l'envoi de la lettre recommandée, adresser au Ministre les pièces suivantes :

- 1° des pièces justificatives complémentaires attestant du respect des conditions visées à l'article 8, § 1er, alinéas 1 et 2, du décret ou attestant que le prêt n'a pas été indûment versé au sens de l'article 9 du décret, ou une demande de prolongation de délai conformément à l'article 20 ou ;
- 2° une demande de renonciation au remboursement au sens de l'article 20.

En cas de dépassement du délai visé à l'alinéa 2, le prêt versé est incontestablement réputé indûment versé au sens de l'article 9 du décret.

Art. 15 – § 1er – Lorsque le Ministre constate qu'un prêt a été incontestablement indûment versé en tout ou partie, il envoie à l'emprunteur, par courrier recommandé, une mise en demeure l'invitant à rembourser tout ou partie du prêt dans un délai de 60 jours.

L'emprunteur peut, dans un délai de 60 jours suivant la date du courrier recommandé, demander par écrit au Ministre de procéder à des remboursements échelonnés. La demande de l'emprunteur suspend le délai de remboursement intégral visé à l'alinéa 1er jusqu'à la reprise du délai visé à l'alinéa 5.

Lorsque le montant indûment versé ne résulte pas de l'un des cas visés à l'article 11, § 3, 2°, du décret, le Ministre fait droit à la demande de remboursement échelonné et propose, après concertation avec l'emprunteur, un plan de remboursement échelonné.

L'échéancier de remboursement établi en application de l'alinéa 3 est adressé à l'emprunteur par courrier recommandé dans un délai de 60 jours suivant la transmission de sa demande. La demande est réputée rejetée dans le cas où l'emprunteur ne se manifeste pas en vue de convenir d'un plan de remboursement dans un délai de 30 jours suivant la réception du courrier recommandé.

Le délai de remboursement total ou partiel recommence à courir dans le cas où :

- 1° le Ministre rejette la demande visée à l'alinéa 2 ;
- 2° le plan de remboursement est réputé rejeté ou ;
- 3° l'emprunteur ne respecte pas les conditions du plan de remboursement échelonné visé à l'alinéa 3.

§ 2 – Après remboursement de la dette, le Ministre adresse à l'emprunteur une confirmation attestant que les montants indûment versés ont été intégralement remboursés.

Art. 16 – Sans préjudice de l'article 25 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le Gouvernement, après avoir exigé le paiement des sommes indûment versées en application de l'article 15, § 1er, alinéa 1er, ou en cas de non-respect des conditions du plan de remboursement échelonné visé à l'article 15, § 1er, alinéa 3, engage une procédure judiciaire en vue d'obtenir le remboursement des sommes indûment versées dans le cas où il constate ne pas pouvoir recouvrer les sommes par voie extrajudiciaire.

Section 3 – Demandes de renonciation au remboursement et de prolongation de délai

Art. 17 – En application de l'article 8, § 1er, alinéa 4, du décret, les motifs suivants peuvent être réputés justifiant une dispense totale ou partielle des conditions énoncées à l'article 8, § 1er, alinéas 1 et 2, du décret :

- 1° une interruption des études décidée par la haute école autonome pour cause d'inaptitude professionnelle ;
- 2° une rupture de contrat d'apprentissage au sens de l'article 23, § 1er, 8° et 9°, ainsi que de l'article 25 de l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des Classes moyennes et pour les entreprises de formation ;
- 3° des raisons médicales ;
- 4° une rupture de contrat d'apprentissage, un décrochage scolaire ou une interruption des études pour cause de force majeure.

Les motifs visés à l'alinéa 1er entraînent une dérogation aux conditions visées à l'article 8, § 1er, alinéas 1 et 2, du décret dès lors qu'ils entraînent une impossibilité de satisfaire auxdites conditions. La notion d'impossibilité est soumise au principe de proportionnalité.

Le Gouvernement peut demander un avis à la Commission visée à l'article 13 du décret aux fins de l'évaluation des demandes.

Art. 18 – En application de l'article 8, § 4, alinéa 4, du décret, le délai de dix ans visé à l'article 8, § 1er, alinéa 1er, du décret peut être prolongé pour la durée :

- 1° d'un cycle d'études de master, d'un cycle d'études de bachelier ou d'un apprentissage ;
- 2° d'une maladie ou d'une incapacité de travail de longue durée ;
- 3° d'un cursus de médecine ou de médecine dentaire spécialisée au sens de l'article 25 ou de l'article 35 de la directive européenne 2005/36/CE.

En cas d'autorisation de prolongation, la durée de la prolongation visée à l'alinéa 1er correspond à la durée du motif de prolongation.

Le Gouvernement peut demander un avis à la Commission visée à l'article 13 du décret aux fins de l'évaluation des demandes.

Art. 19 – En application de l'article 11, § 3, du décret, le Gouvernement peut, en fonction des revenus disponibles du ménage, renoncer au remboursement des sommes indûment versées et les déclarer irrécouvrables. Est considéré comme revenu disponible du ménage tout montant, de toute nature, dont disposent l'intéressé(e), son/sa conjoint(e) ainsi que la personne avec laquelle il/elle a fait une déclaration de cohabitation légale. Sont exclues de ce montant les prestations familiales dont bénéficient les personnes susmentionnées.

En cas de renonciation par le Gouvernement, en application de l'alinéa 1er, au remboursement des sommes indûment versées et de déclaration correspondante d'irrécouvrabilité, la renonciation s'effectue :

- 1° à 100 % du montant dû si le revenu disponible du demandeur ne dépasse pas le montant fixé à l'article 1409, § 1er, alinéa 3, du Code judiciaire ;
- 2° à 90 % du montant dû si le revenu disponible ne dépasse pas 103 % du montant fixé au 1° ;
- 3° à 80 % du montant dû si le revenu disponible ne dépasse pas 106 % du montant fixé au 1° ;
- 4° à 70 % du montant dû si le revenu disponible ne dépasse pas 109 % du montant fixé au 1° ;
- 5° à 60 % du montant dû si le revenu disponible ne dépasse pas 112 % du montant fixé au 1° ;
- 6° à 50 % du montant dû si le revenu disponible ne dépasse pas 115 % du montant fixé au 1° ;
- 7° à 40 % du montant dû si le revenu disponible ne dépasse pas 118 % du montant fixé au 1° ;
- 8° à 30 % du montant dû si le revenu disponible ne dépasse pas 121 % du montant fixé au 1° ;
- 9° à 20 % du montant dû si le revenu disponible ne dépasse pas 124 % du montant fixé au 1° ;
- 10° à 10 % du montant dû si le revenu disponible ne dépasse pas le montant fixé à l'article 1409, § 1er, alinéa 1er, du Code judiciaire.

En cas de revenu disponible supérieur au montant fixé à l'alinéa 2, 10°, le Gouvernement ne peut plus renoncer au remboursement en application de l'alinéa 1er.

Lorsque les montants déterminés en application de l'alinéa 2 comprennent une fraction d'euro, cette fraction d'euro est arrondie à l'euro supérieur ou inférieur, selon que cette fraction atteint ou non 0,5.

Le revenu disponible du ménage est, au sens des alinéas 2 et 3, minoré du montant fixé à l'article 1409, § 1er, alinéa 4, du Code judiciaire, pour chaque enfant bénéficiaire d'allocations familiales pour lequel le demandeur les perçoit.

Aux fins de la détermination du revenu disponible du ménage, il est tenu compte de la situation du ménage au moment de la demande de renonciation au remboursement.

Le Gouvernement peut demander un avis à la Commission visée à l'article 13 du décret aux fins de l'évaluation des demandes.

Art. 20 – § 1er – En vue de bénéficier de la prolongation de délai visée à l'article 18 ou de la renonciation au remboursement visée aux articles 17 et 19, l'emprunteur en fait la demande par écrit.

L'emprunteur transmet au Gouvernement tout document utile aux fins de l'appréciation des motifs invoqués.

Tout refus de l'emprunteur de transmettre les documents nécessaires à l'application du présent article vaut retrait de la demande.

§ 2 – Toute demande de prolongation de délai ou de renonciation au remboursement au sens du § 1er, fondée sur les mêmes motifs qu'une demande antérieure, est irrecevable.

§ 3 – Les mesures d'exécution forcée sont suspendues en cas d'introduction par un emprunteur d'une demande de renonciation au remboursement. Ces dernières reprennent effet à compter de la date à laquelle une décision est prise relativement à ladite demande.

Section 4 – Procédure après réception des demandes de renonciation au remboursement et de prolongation de délai

Art. 21 – § 1er – Le Gouvernement prend sa décision au plus tard dans les quatre mois suivant la réception des demandes visées à l'article 20, § 1er.

Aux fins de la prise de décision, le Gouvernement peut demander un avis à la Commission visée à l'article 13 du décret.

Dans le cas où le Gouvernement ne peut prendre une décision dans ce délai, il en informe l'emprunteur et motive ce retard.

Le délai de prise de décision est suspendu dans le cas où l'emprunteur ou la commission visée à l'article 13 du décret n'a pas fourni au Gouvernement tous les éléments d'information demandés par celui-ci et nécessaires à la prise de décision.

§ 2 – Le Gouvernement porte sa décision à la connaissance de l'emprunteur par courrier recommandé.

§ 3 – L'emprunteur peut introduire un recours contre la décision auprès du Gouvernement dans les 30 jours suivant la date d'envoi du courrier recommandé. Le recours n'a pas d'effet suspensif.

L'emprunteur adresse le recours motivé au Gouvernement en y joignant toute pièce utile, par courrier recommandé ou contre accusé de réception.

Le Gouvernement se prononce sur la recevabilité du recours dans un délai de 60 jours à compter de l'introduction de celui-ci.

§ 4 – En cas de dépassement du délai de 30 jours visé au § 3, alinéa 1er, ou en cas de rejet du recours par le Gouvernement, le prêt est réputé indûment versé. Le Gouvernement invite en ce cas l'emprunteur à rembourser le prêt octroyé, conformément à l'article 15.

CHAPITRE 4 – DISPOSITIONS FINALES

Art. 22 – Dans l'annexe de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 11 mai 2023, il est inséré un 24.1° rédigé comme suit :

« 24.1° Commission relative aux prêts sans intérêt à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier situation de pénurie »

Art. 23 – Le présent arrêté produit ses effets le 1er juillet 2023.

Art. 24 – Le Ministre de l'Enseignement est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche Scientifique
L. KLINKENBERG